

Kreisverband  
Schwalm-Eder

Alternative  
für  
Deutschland

PROGRAMM ZUR  
KOMMUNALWAHL

2021

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

*alternative Politik auf kommunaler Ebene bedeutet die Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Transparenz. Die Alternative für Deutschland versteht sich als Bürgerbewegung, die ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst nimmt und sich für die Wahrung und Durchsetzung deren Interessen einsetzt. Hessen ist unsere Heimat im Herzen Deutschlands und Europas; in Hessen und für den Landkreis Schwalm-Eder wollen wir politisch wirken, im Interesse und zum Nutzen seiner Bürgerinnen und Bürger. Im Bewusstsein der Traditionen unseres Landes setzen wir uns für die Förderung von regionalen und lokalen Eigenarten ein, die die Wurzeln der Identität unserer Heimat sind.*

*In diesem Sinne nehmen wir teil an der Kommunalwahl 2021 in Hessen.*

*Ihr AfD-Kreisverband Schwalm-Eder*

## DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE

Als freie Bürgerinnen und Bürger treten wir ein für direkte Demokratie und Respekt vor unseren Grundwerten. Der Bürgerwille und die durch demokratische Wahlen sich abzeichnenden politischen Mehrheiten müssen sich spiegeln im Kreistag und allen seinen Gremien und Ausschüssen. Bürgerinnen und Bürger müssen einbezogen werden in die Entscheidung ihres Wohn- und Lebensumfeldes, beispielsweise beim Neubau oder der Schließung von Bürger- und Dorfgemeinschaftshäusern oder der Ausweisung von Baugebieten.

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein wesentlicher Baustein, um auf kurzem Wege Bürgerinnen und Bürger in ihre Daseinsgestaltung einzubinden. Kreis und Kommunen dürfen nicht durch Verlagerung von landestypischen Zuständigkeiten überfordert oder übergangen werden (Konnexitätsprinzip). Die gesetzlichen hohen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen herabgesetzt und vereinfacht werden.

Alternative  
für  
Deutschland

## FAMILIE, JUGEND UND SENIOREN

Ehe, Familie und Kinder garantieren den gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des Staates. Eltern müssen ohne ökonomische Einbußen die Chance haben, ihre Kinder zu Hause zu betreuen oder sie in eine Tagesbetreuung ihrer Wahl zu geben. Wir setzen uns ein für die Schaffung eines vielfältigen Angebots an lebendiger Sozialisation und dem Einstieg in einen erfolgreichen Bildungsgang.

Mit Programmen wie der „Frühen Hilfe“ wollen wir insbesondere werdende und junge Eltern in schwierigen Situationen unterstützen, um Kindern eine ungestörte physische und psychische Entwicklung und ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen zu ermöglichen.

Für Jugendliche ist der ländliche Raum oftmals nicht attraktiv. Die nunmehr geschaffene Möglichkeit, auch in Hessen schon mit 15 Jahren mit dem Führerschein AM ein „Microcar“ zu fahren, macht die gewünschte Mobilität einfacher, entbindet aber nicht die Anbieter im Öffentlichen Personennahverkehr, ihre Strecken und Taktzeiten auszubauen. Junge Menschen müssen in die Entscheidungsprozesse ihrer Kommune und ihres Kreises stärker einbezogen werden, damit sie eine persönliche Bindung zu ihrem Lebensumfeld erfahren.

Altersarmut wird eine zunehmend sozialpolitische Problemstellung. Eine langjährige Arbeitsleistung muss in Rentenansprüchen ebenso ihre Berücksichtigung finden wie andere anrechenbare Zeiten, z. B. Erziehungszeiten. Im Schwalm-Eder-Kreis sind derzeit ca. 23.000 Arbeitnehmer von Altersarmut bedroht. Wir setzen uns dafür ein, dass in regelmäßigen „Armutserichten“ die Zahl der Betroffenen erfasst und deren Entwicklung transparent dargestellt wird. Negativen Trends muss zeitnah entgegen gewirkt werden.

## SCHULE UND BILDUNG

Unterricht ohne technische Ausrüstung und funktionierende Internetverbindungen ist heute nicht mehr möglich. Wir unterstützen daher nicht nur den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur und die Ausstattung von Schülerinnen und Schülern mit mobilen Arbeitsgeräten wie PCs oder Laptops, sondern fordern insbesondere die Ausbildung von Lehrkräften im Umgang mit diesen neuen Medien.

Pädagogische Arbeit darf nicht scheitern an unausgeglichener Software und Lernprogrammen, die vom Kultusministerium als Arbeitsplattform zur Verfügung gestellt werden. Der Landkreis als Schulträger muss sich hier in allen Schulformen von der Grundschule über die Förderschule bis zum Gymnasium dafür einsetzen, dass individuelle Stärken und Schwächen von Schülern berücksichtigt und den neu geschaffenen digitalen Anforderungen gerecht werden.





## DIGITALISIERUNG

Glasfaser bis zur letzten Milchkanne. Nicht nur Schulen und Jugendliche, auch jedes Unternehmen, jeder Gastronomiebetrieb, jede Freizeiteinrichtung, jede Bürgerin und jeder Bürger – wir alle sind angewiesen auf ein Internet, das schnell und stabil läuft. Die AfD im Schwalm-Eder-Kreis unterstützt daher alle Projekte, die einem zügigen, flächendeckenden Ausbau von Internetstrukturen dienen.

Mit etwa 20 Millionen Anträgen ist die Kfz-Zulassung einer der meistgenutzten Verwaltungsvorgänge in Deutschland. Wir begrüßen daher die seit Oktober 2019 möglichen Online-Zugänge durch das Programm „i-Kfz“ (internetbasierte Kfz-Zulassung) für alle Standardzulassungsvorgänge (wie Zulassung, Abmeldung oder Halterwechsel), da sie Wege und lange Wartezeiten in den Zulassungsstellen ersparen und die öffentliche Verwaltung entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Online-Zulassung weitestgehend digital allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht wird und nicht nur solchen, die über einen neuen Personalausweis mit aktivierter Online-Ausweisfunktion verfügen.

Ungeachtet der Notwendigkeit eines digitalen Ausbaus wollen wir e-smog-freie Flächen, sog. „Weiße Zonen“, erfassen und Organisationen und Mitbürgern zur Verfügung stellen, die unter Elektrosensibilität leiden oder dem derzeitigen Trend folgend in einem Offline-Urlaub digital fasten wollen („digital detox“).

## ENERGIE

Deutsche Bürger bezahlen den höchsten Strompreis in der EU. Nach Berechnungen des Instituts für Wettbewerbsökonomik müssen für die Energiewende bis zum Jahr 2025 geschätzt 520 Milliarden Euro aufgewendet werden; für eine vierköpfige Familie bedeutet das eine Belastung von im Schnitt 25.000 Euro. Ab dem Jahr 2023 werden mangels konventioneller Kraftwerke über 14.000 Megawatt Leistung fehlen, so dass die Jahreshöchstlast von ca. 81.800 Megawatt nicht mehr gedeckt werden kann. Energie aus Windkraftanlagen gilt als regenerative Energiequelle, ihr Bau stellt aber auch gravierende Eingriffe in Flora und Fauna dar. Da insbesondere aber Bürgerinnen und Bürger betroffen sind, in deren unmittelbarer Nachbarschaft Windkraft-

anlagen errichtet werden sollen, setzen wir uns weiterhin engagiert dafür ein, dass die Mindestabstandsregelung von 1.000 Metern von Windkraftanlage zu Wohnbebauung durch Regelungen des Landes oder der Regionalversammlung nicht unterschritten wird. Bürgerinnen und Bürger haben ein berechtigtes Interesse am Schutz ihrer Gesundheit und einem emissionsfreien Wohnumfeld.

## LÄNDLICHER RAUM, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN



Der Strukturwandel geht weiter, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat in den letzten 10 Jahren in Deutschland um mehr als 50.000 Betriebe abgenommen, insbesondere die Zahl der viehhaltenden Betriebe geht zurück. Wir setzen uns ein für die Förderung des Erhalts landwirtschaftlicher Betriebe und die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Landwirtinnen und Landwirte, die uns mit hochwertigen Nahrungsmitteln versorgen und unsere Kulturlandschaft erhalten. Die Übernahme eines elterlichen Betriebs darf für junge Leute nicht Verpflichtung sein, sondern ein lohnenswerter, beglückender Lebensinhalt.

Tierwohl und Fleischwirtschaft müssen in Einklang gebracht werden. Dazu gehört insbesondere der Erhalt bzw. die Schaffung regionaler Schlachtstätten, um lange, tierquälende Transporte zu vermeiden. Die Schlachtung hat unter strenger Einhaltung geltender Vorschriften zu erfolgen; auf die Schlachtung von trächtigen Milchkühen, Schafen oder Ziegen ist nicht nur im letzten Schwangerschaftsdrittel zu verzichten.

Wir setzen uns ein für enge Kommunikation vom Bauern bis zum Verbraucher und eine damit einhergehende Transparenz „vom Stall bis auf den Teller“.

Die im Landkreis vorhandenen Biogasanlagen bedürfen einer konsequenten lückenlosen Überwachung beispielsweise auf entweichendes Methangas oder Grundwasserverunreinigungen durch auslaufende Gülle. Die Ausbringung von Gärresten auf die Felder, die durch die Verarbeitung von verpackten Lebensmitteln (Joghurtbecher usw.) mit Mikropartikeln Kunststoff belastet sind, ist zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, dass Landwirte den Anbau von alternativen Energiepflanzen fördern und eine Monokulturisierung von Flächen durch den Anbau der blütenlosen, für Insekten unattraktiven Maispflanze vermieden wird.

Der durch Trockenheit und Borkenkäferbefall stark geschädigte Wald bedarf unser aller Fürsorge. Aufforstungen müssen mit Augenmaß erfolgen, ein reines „Aufräumen“ verringert die biologische Vielfalt und führt zum Aussterben vieler Pilze und Insekten, die Totholz als Lebensraum benötigen.

Wir wollen die Alters- und Artenvielfalt stärken, um die Widerstandsfähigkeit des Waldes gegen Umwelteinflüsse zu verbessern. Wo Lichtungen entstehen, sollen auch unterschiedliche einheimische Bäume nachwachsen können.



Naturschutzgebiete oder kostbares Ackerland können nicht nach Gutdünken aus ideologischen Gründen in Windparks oder Standorte für Biogasanlagen umgewidmet werden. Der Erhalt der biologischen Vielfalt unserer heimischen Flora und Fauna ist ein vorrangiges Ziel.

## VERKEHR UND MOBILITÄT



Die Optimierung der Verzahnung und eine an Notwendigkeiten angepasste Taktung des Öffentlichen Personennahverkehrs werden weitere Bestreben zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitssituation in unserem ländlichen Raum sein. Darüber hinaus wollen wir auch Projekte wie ein durch Privatpersonen getragenes „Car-Sharing“ prüfen und dafür Sorge tragen, dass Kreis- und Gemeindestraßen erhalten und bei Bedarf zeitnah saniert werden.

Im Neubau von Straßen sollen Radwege bereits in der Planungsphase ihre Berücksichtigung finden, um den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad attraktiver zu gestalten.

Um die Attraktivität von Bussen und Bahnen zu erhöhen, wollen wir die Schaffung von kostenlosen Parkplätzen im Nahbereich von Bahnhöfen und wesentlichen Haltestellen ermöglichen.

Insbesondere im Schulbusverkehr setzen wir uns weiter dafür ein, dass dieser sicherer wird. Der Landkreis hat es durch entsprechende Auftragsvergaben in der Hand, wie sicher unsere Kinder zur Schule oder schulischen Veranstaltungen transportiert werden: durch die Begrenzung der Zahl der Stehplätze, durch die Schaffung von Anschnallmöglichkeiten, durch das Anbringen von Haltegriffen in kindgerechter Höhe oder durch die Anforderung an die Fahrzeugführer, einen Personenbeförderungsschein zu besitzen (was derzeit im sog. „freigestellten Schülerverkehr“ nicht notwendig ist).

## GESUNDHEIT UND MEDIZINISCHE VERSORGUNG

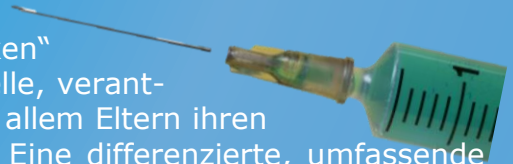


Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Landkreis Schwalm-Eder ist eine vordringliche Aufgabe. Auf Initiative der AfD-Fraktion im Kreistag wurde die Gesundheitskonferenz wiederbelebt, die bereits im Landtagswahlprogramm der AfD angestrebte Landarztquote wurde vom Land eingefordert. Wir setzen uns weiter ein für die Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze und die Unterstützung von kreativen, lokalen Initiativen durch die Kassenärztliche Vereinigung.

Der Erhalt der klassischen Hausarztpraxis neben Strukturen wie Telemedizin oder Medi-Bus ist eines unserer dringlichen Anliegen. Die Schaffung von Medizinischen Versorgungszentren kann nur ein weiterer Baustein sein, um die medizinische Versorgung in der Fläche sicherzustellen.

Gerade in Flächenkreisen und in Zeiten der zunehmenden Kreißsaalschließung in den Krankenhäusern ist eine Versorgung mit wohnortnahen Hebammen notwendig. Wir wollen daher die Ausbildung von Familienhebammen fördern und uns dafür einsetzen, dass eine finanzielle Unterstützung zur Entlastung der Hebammen von Risikoversicherungsprämien erfolgt.

Modellprojekte zur „Gripeschutzimpfung in Apotheken“ lehnen wir ab. Jeder Impfung muss eine individuelle, verantwortungsvolle Entscheidung zugrundeliegen, die vor allem Eltern ihren Kindern gegenüber sorgsam wahrnehmen müssen. Eine differenzierte, umfassende und ergebnisoffene Beratung durch einen Arzt oder eine Ärztin über Nutzen und Risiken von Schutzimpfungen muss einer jeglichen Impfung vorausgehen, um dem Patienten eine valide Entscheidung für sich oder sein Kind zu ermöglichen. Zwangsimpfungen oder Regelungen, die grundgesetzlich garantierte Rechte von Ungeimpften beschränken, lehnt die AfD ab.



## FINANZEN UND WIRTSCHAFT



Die AfD steht für eine seriöse, zukunftsorientierte Haushaltspolitik. Bei jeglicher Investition ist das Gebot des Maßes in Bezug auf die Belastung künftiger Generationen einzuhalten. Wir fordern die Aufstellung von ausgeglichenen Haushalten und die Einführung eines Konnexitätsregisters, das die durch Zuweisung von Land, Bund oder EU vom Landkreis übernommenen Aufgaben ausweist und die damit verbundenen Kosten darstellt. Im Nachgang soll der Ausgleich dieser konnexitätsrelevanten Ausgaben eingefordert werden.

Mittelstand, Handwerk, Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe sind das Rückgrat der Wirtschaft auf kommunaler Ebene. Das selbstständige Unternehmertum ist zu fördern, ein Klima von optimalen wirtschafts- und verkehrspolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen, allemal in Zeiten, wie wir sie derzeit durch die Corona-Krise vorfinden. Die den Unternehmen auferlegte Gewerbesteuer gibt es in keinem anderen EU-Land – sie ist eine Belastung für die mittelständische Wirtschaft, die keine Gewinnverlagerung ins Ausland betreiben kann oder will. Die Existenz der Gewerbesteuer muss daher hinterfragt und den Kommunen ein Ausgleich an anderer Stelle geschaffen werden. Durch die Wegnahme dieser Belastung können Unternehmen freier disponieren und Arbeitsplätze geschaffen werden.



## MIGRATION UND INTEGRATION



Seit Beginn der Kanzlerschaft Merkel sind ca. 4,4 Millionen Ausländer nach Deutschland eingewandert, über 700.000 Deutsche (vor allem Fachkräfte aus allen Branchen) sind in diesem Zeitraum meist in die Schweiz, die USA oder nach Großbritannien emigriert. Mit über 1,5 Millionen Aufnahmen trägt Deutschland den Großteil der Migranten in Europa.

Wir setzen uns für ein für humanitäre Hilfen und die Gewährung von Asyl für diejenigen, die dieses besonderen Schutzes bedürfen. Da große Teile der einwandernden Menschen minderjährig sind oder aus islamischen Ländern stammen, legen wir Wert auf eine zuverlässige Identitätsfeststellung von Migranten. Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge muss obligatorisch eine Altersfeststellung erfolgen können, weil diese Gruppe nicht nur hohe Kosten verursacht, sondern auch unsere gesonderte Aufmerksamkeit erfordert. Kinderehen mit Mädchen (heiratsfähiges Alter nach islamischem Recht 9 Jahre!) müssen verhindert werden; in Hessen sind derzeit 111 minderjährige Mädchen verheiratet.

Wir erwarten für ein friedliches Zusammenleben in einer Vielfalt von Kulturen und Religionen die Einhaltung von Regeln, insbesondere einen respektvollen Umgang mit Mädchen und Frauen.

Die AfD fordert

- die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber
- die Beschleunigung von Asylverfahren
- die strikte Einhaltung der Dublin-III-Verordnung und damit
- die Beendigung der rechtswidrigen Verschiebung von Asylbewerbern aus anderen EU-Staaten nach Deutschland.



Die AfD fordert die gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie den Landrat auf, die Interessen ihrer Mitbürger wahrzunehmen und die Unterbringung weiterer Zuwanderer dort zu verweigern, wo sie weder menschenwürdig noch sozial oder strukturell möglich ist.

## SICHERHEIT UND EINSATZKRÄFTE



Die hessische Polizei ist ein Garant für Sicherheit, Recht und Ordnung, wengleich die derzeitige Finanz- und Personalausstattung es den Einsatzkräften nur bedingt erlaubt, in der Fläche des ländlichen Raumes und in sozialen Brennpunkten gleichermaßen präsent zu sein

Es muss nicht nur ein subjektives Sicherheitsgefühl vorhanden sein, vielmehr muss es objektiv sichere Verhältnisse auf unseren Straßen und Plätzen geben. Kriminalität jeder Art darf kein Raum geboten werden. Straftäter sind nach den geltenden Regeln zu bestrafen, ausländische Straftäter von Gewaltverbrechen sind nach Aburteilung in ihre Heimatländer auszuweisen.

Die reine Präsenz von Polizeibeamten muss ergänzt werden durch zeitgemäße, digitale Kommunikationswege wie die Online-Funktion zur Stellung von Strafanzeigen, die gerade Bürgerinnen und Bürger in Flächenkreisen unabhängig machen von räumlichen Entfernungen.

Wir wollen dem schwindenden Respekt gegenüber Einsatzkräften bei der Polizei, der Feuerwehr oder den Rettungsdiensten entgentreten. Pöbeleien oder körperliche Attacken sind Straftaten, die konsequent geahndet werden müssen. Die Leistung der oftmals ehrenamtlichen Rettungskräfte muss wieder die gebührende Anerkennung finden.



## FÜR SIE IN DEN KREISTAG SCHWALM-EDER:

